

8 **Liberaler Perspektiven zur verfassten Studierendenschaft:**

10 Der Landesverband der Liberalen Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen ist als  
11 Studentengruppe an vielen Hochschulen in NRW aktives Mitglied der jeweiligen  
12 verfassten Studierendenschaft (VS). Seit Jahren erkennen wir häufige Probleme  
13 dieses Systems und wollen diese nun im Sinne der Studenten anpacken!

15 Die Kritikpunkte am System der VS aus Sicht liberal gesinnter Menschen und  
16 insbesondere Studenten sind gut bekannt: Zwangsmitgliedschaft, verbunden mit  
17 Zwangsbeiträgen, geringe Wahlbeteiligungen und politischer Missbrauch durch weit  
18 verbreitetes Desinteresse oder politischen Extremismus.

20 Als Liberale Hochschulgruppen führen wir an vielen Hochschulen Nordrhein-  
21 Westfalens immer wieder den Kampf gegen diese Defizite und versuchen, in einer  
22 schwierigen Umgebung, Liberale Werte und Positionen zu vertreten.

23 Jedoch müssen wir uns anhand ergebnisloser Versuche aller Seiten die ernsthafte  
24 Frage nach der Zukunft dieses Systems stellen.

26 Die Betrachtung der Entstehungsgeschichte der VS zeigt, dass die Gründe zur  
27 Bildung der VS heute nicht mehr vorliegen. Vielmehr ist eine generelle Akzeptanz für  
28 die Mitarbeit von Studenten in den Gremien der Hochschule und in der Politik in der  
29 Breite gegeben.

31 Für uns als Liberale Studenten stellt sich die Frage nach den sinnvollen  
32 Möglichkeiten der Beteiligung, die viele Chancen bietet, aber den einzelnen nicht  
33 unnötig einschränkt oder behindert.

35 **1. Zwangsmitgliedschaft**

37 Zwangsmitgliedschaften sind in Deutschland durchaus verbreitet. Kammer-,  
38 Berufsgenossenschafts- und Sozialversicherungszwang sind nur einige Beispiele.

40 Heutzutage hat jeder Student Rechte, welche keine Gleichberechtigung durch eine  
41 allgemeine Mitgliedschaft in einer VS benötigt. Im Bundesland Sachsen-Anhalt gibt  
42 es die Möglichkeit für jeden einzelnen Studenten, aus der VS auszutreten. Diese  
43 Möglichkeit begrüßen die Liberalen Hochschulgruppen in NRW ausdrücklich. Daher  
44 fordern wir ein Modell der freiwilligen Mitgliedschaft. Bei der Immatrikulation soll eine  
45 Entscheidung zur Mitgliedschaft getroffen werden, die zu jedem Zeitpunkt später  
46 geändert werden kann, was sowohl Ein- als auch Austritt beinhaltet. Zudem sollen  
47 dadurch keine Einschränkungen erfolgen. Dies gilt insbesondere für Wahlen in die  
48 universitären Gremien. Diese Änderungen sind für uns ausreichend, grundsätzlich  
49 das bestehende System beizubehalten. Eine freiwillige Mitgliedschaft ist unser  
50 Ansatz, die Studenten besser zu vertreten und die Arbeit der VS an ihrer  
51 Zustimmung zu messen.

55

## 56 **2. Interessenvertretung**

57

58Die VS hat die Aufgabe alle Studenten der jeweiligen Hochschule gegenüber Politik,  
59Gesellschaft, Öffentlichkeit und der Hochschule bzw. der Dozentschaft zu  
60vertreten. Dies ist derzeit nicht der Fall.

61

### 62 **2.1 Wahlen**

63

64Die Begründung hieran sehen wir anhand der durchweg niedrigen Wahlbeteiligungen  
65um und unter 20%. Eine Hochschulwahl nimmt gegenüber z.B. einer Bundestagswahl  
66eine besondere Stellung ein, da die meisten Studenten das Studium als eine zeitlich  
67befristete Etappe ihres Lebens und ihres individuellen (Aus-)Bildungsweges sehen.  
68Zudem gibt es viele Vorbehalte gegen die Studierendenschaft wie generelle  
69Unkenntnis deren Existenz, deren Aufgaben, bzw. der sinnvollen Wahrnehmung  
70deren Aufgaben, das Gefühl der allzu begrenzten Möglichkeiten dieser, generelles  
71Desinteresse, Informationsmangel oder Ablehnung der jeweiligen politischen  
72Verhältnisse.

73

74Um das jetzige System zu verbessern, müssen allgemeine Standards für Wahlen zur  
75VS erlassen werden, welche allen beteiligten Gruppen und Kandidaten verbesserte  
76Informationsmöglichkeiten zukommen lassen, welche über wenige bis keine  
77Wahlkampfstage hinausgeht. Die jeweiligen Hochschulen und Dozenten sollten  
78hierbei die Wahlen unterstützen, statt diese einzuschränken. Hierbei sehen die  
79Liberalen Hochschulgruppen NRW die Notwendigkeit von Information an erster  
80Stelle. Sowohl online, als auch an Erstsemester- und Orientierungstagen und –  
81Veranstaltungen als auch in Leitfäden muss das System der VS erläutert und  
82bekannt gemacht werden.

83

84Die jetzige demokratische Organisation durch Wahlen und verschiedene Ebenen, die  
85sich an deutscher Parlamentsarbeit orientiert, unterstützen wir ausdrücklich und  
86möchten generell an diesen Strukturen festhalten, wengleich wir eine  
87Professionalisierung begrüßen.

88

89Zudem begrüßen wir insgesamt die zeitliche Zusammenlegung von Wahlen,  
90Abstimmungen und allgemeinen Befragungen.

91

### 92 **2.2 Mandat der Studierendenschaft**

93

94Immer wieder stellt sich die Frage, ob die Studierendenschaft ein sogenanntes  
95allgemein- oder ein hochschulpolitisches Mandat besitzt. Das allgemeinpolitische  
96Mandat begründet einen Anspruch der Studierendenschaft, sich als politische  
97Einrichtung zu allen politischen Themen zu äußern, das hochschulpolitische Mandat  
98hingegen beschränkt diesen Anspruch auf die Hochschule und die direkten  
99Interessen der Studenten.

100

101Wir lehnen den Anspruch auf ein allgemeinpolitisches Mandat ausdrücklich ab. Als  
102Interessenvertretung der Gruppe der Studierenden mit klarem und lokal bezogenem  
103Aufgabengebiet muss die VS ihre Tätigkeiten auf die Studenten bzw. ihre Interessen,  
104die in räumlichen oder sachlichem Zusammenhang mit der jeweiligen Hochschule  
105stehen, fixieren und diese bestmöglich vertreten. Zudem sind auch nur hier reelle  
106Erfolgsaussichten vorhanden, wohingegen die Einmischung in nahezu unbegrenzt  
107viele andere Bereiche die Kapazitäten zu Lasten der Studenten überdehnt. Dem  
108gegenüber bekennen wir uns ausdrücklich zum hochschulpolitischen Mandat,

109welches zur Vertretung der Interessen der Studenten auch auf überregionale  
110Themen, welche die Lebensbedingungen der Studenten stark tangiert, angewendet  
111werden kann.

112

113Ebenso wenig stellt die VS einen Kulturverein, eine  
114Studiengebührenboykottvereinigung oder eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für  
115Studenten da. Hohe Gehälter oder Betriebsaufkauf und Behalt von nicht-rentablen  
116und ungenutzten Betrieben darf nicht auf Kosten der Studenten finanziert werden.

117

118Weiterhin ist das ausgeprägte Vorhandensein von politischem Extremismus' ein  
119großer Problemfaktor. Wir fordern ausdrücklich das Bekenntnis zur demokratischen  
120Rechtsstaatlichkeit der Teilnehmer an den Wahlen zur VS und den entsprechenden  
121Akteuren. Leider schaffen es besonders unter Studenten politische Extremisten ihre  
122Anhänger zu mobilisieren. Die VS darf nicht für verfassungsfeindliche und  
123undemokratische politische Ansichten instrumentalisiert werden, wie es häufig der  
124Fall ist. Hier müssen die selben Maßstäbe wie zu allgemeinpolitischen Wahlen  
125gelten. Daher fordern wir einen Landesbeauftragten für studentische Wahlen, der die  
126Funktion etwa des Landeswahlleiters wahrnimmt, damit Listen und Wahlen zentral  
127und mit demokratischem Anlass geprüft und durchgeführt werden können. Zumal  
128somit Vorfälle wie die Wahl zu den studentischen Gremien wie jüngst an der  
129Universität Duisburg-Essen verhindert werden könnten.

130

131Wir sprechen uns, bis zur Durchsetzung unserer langfristigen Vorstellungen zur VS,  
132ausdrücklich für eine demokratisch orientierte und auf ihre Kompetenzen  
133konzentrierte VS aus. Diese muss für hochschulpolitisches Engagement werben,  
134darüber informieren und alle politischen Meinungen im demokratischen Spektrum  
135akzeptieren und einbinden. Zerstrittenheit und Handlungsunfähigkeit schaden dem  
136Ansehen der VS enorm und schrecken von vornherein ab. Ein grundsätzlicher  
137Wandel in der Arbeit und der Glaubwürdigkeit der Akteure muss her, um das Ruder  
138noch herumzureißen. Dazu fordern die Liberalen Hochschulgruppen NRW alle  
139aktiven Mitglieder der VS auf!

140Insofern fordern wir die Beschränkung auf ein rein hochschulpolitisches Mandat.

141

### 142 **3. Finanzierung**

143

144Momentan finanziert sich die VS durch Zwangsbeiträge, die durch die jeweilige  
145Hochschule in Form eines Semesterbeitrages eingezogen werden. Dieser Betrag  
146enthält jedoch auch zusätzliche Kosten, welche nicht dem allgemeinen Haushalt der  
147VS für konkrete Projekte zufließen. An öffentlichen Hochschulen liegt dieser bei ca.  
148400 Euro pro Jahr.

149

150Anhand der Diskussionen um Studienbeiträge kann auch dieser Betrag als enorme  
151finanzielle Belastung für die Studenten wahrgenommen werden. Diese Gelder fließen  
152aber fast überhaupt nicht der Verbesserung der Lehre zu und werden häufig für  
153politische Zwecke missbraucht. Daher fordern wir in Bezug auf die Semesterbeiträge  
154eine besondere Sensibilität, Sparsamkeit und Rechtfertigung. Politische  
155Wahlgeschenke, unverhältnismäßige Gehälter oder Finanzierung der Tätigkeiten im  
156Rahmen des „allgemeinpolitischen Anspruchs“ lehnen wir ab. Diese, für Studenten  
157nicht geringen, Beiträge sollten notwendigen und sinnvollen Projekten zugute  
158kommen, von denen jeweils möglichst viel Studenten profitieren können.

159

160Unserer Meinung nach müssen zuerst die nicht-unmittelbaren Teile der Beiträge  
161ausgelagert werden. Hochschulsport oder die Finanzierung der Studentenwerke  
162sollte nicht Aufgabe der Studierendenschaft sein, sondern ausgegliedert und auf

163freiwilliger Basis direkt oder über die Hochschule eingefordert werden. Die VS darf  
164keine Bank des Campus sein, zumal somit etwaigem Missbrauch ein Riegel  
165vorgeschoben wird.

166

167Bedingung für einen Beitrag ist eine freiwillige Mitgliedschaft in der VS. Hierbei  
168müssen die Bedingungen der Verwendung radikal verändert werden: Die Mitglieder  
169der VS müssen die Beiträge selbst festsetzen können und auch größere  
170Möglichkeiten zur Mitbestimmung über die Verwendung tragen können. Es ist nicht  
171haltbar, dass von wenigen Studenten gewählte Parlamente Entscheidungen in Höhe  
172von Hunderttausenden Euros über Themen wie etwa das Semesterticket fällen  
173könne, was jeden Studenten bis zu 200 Euro im Jahr kosten. Zudem muss eine  
174stärkere und unabhängige Kontrolle der Haushalte vorgenommen werden, um  
175Missbrauch und die Finanzierung illegaler Aktivitäten einschränken soll.

176

177Zudem sprechen wir uns dafür aus, dass Überschüsse, welche über etwaigen  
178Rücklagen von 5% des jährlichen Haushaltsvolumen liegen, an die Studenten  
179ausbezahlt werden. Hiervon ausgenommen sollen verpflichtende Rücklagen für  
180Betriebe oder Sonstiges sein.

181

182 **4. Fazit:**

183

184Der Zustand der VS ist unzureichend. Probleme sind allgegenwärtig und weder ist  
185Akzeptanz für das System, noch ist eine große Beteiligung der Studenten gegeben.  
186Durch unsere Vorschläge können Studenten in NRW mehr Beteiligung, Information  
187und Transparenz erwarten. Die Studenten und deren Interesse sind unser Maßstab  
188für die Arbeit in der VS. Jedoch verschließen wir unsere Augen nicht, sondern  
189sprechen die Fragen der Studenten offen aus und scheuen uns nicht, auch  
190unpopuläre Antworten darauf zu geben. Die Liberalen Hochschulgruppen NRW  
191stehen zu den Studenten und nicht zu den Institutionen und wollen mit diesem  
192Programm Gerechtigkeit im Studium und demokratisches Handeln einfordern. Nur so  
193kann politische Partizipation gleich, ohne ideologische Hürden und gerecht  
194stattfinden.